9. Wochenbericht

Neues aus Berlin, Hamm, Lünen, Selm und Werne

vom Bundestagsabgeordneten Michael Thews

Liebe Leserinnen und Leser,

„Verpackungen und Kreislaufwirtschaft“ (AGVU Orientierungstag) und „Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft (Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie), zwei Podiumsdiskussionen für mich in dieser Woche — aber ein zentrales Thema: Wie geht es weiter mit Kunststoffen in der Industrie, aber im besonderen im Verpackungsmaterial. Angesichts der Vermüllung in den Weltmeeren, aber auch die Zunahme riesiger Mülldeponien in vielen Entwicklungs– und Schwellenländern muss etwas geschehen. Deutschland unterstützt bereits Projekte zum Beispiel in Indien. Aber auch bei uns ist eine intensive Diskussion um dieses Thema entfacht. Aus diesem Grund sind solche Diskussionen mit der Industrie wichtig, denn wir müssen schon bei der Planung und Produktion von Kunststoffmaterialien Verrmeidungs– und Recyclingstrategien berücksichtigen.

Leider erleben wir zur Zeit eine völlig unwürdige Diskussion bei unseren Koalitionspartnern. Wenn die CSU weiterhin so leichtfertig mit der Macht spielt und versucht, über diese Stimmungsmache die Bayerwahl zu beeinflussen, werden wir einen hohen Preis dafür bezahlen, denn die Profiteure des Theater der großen Volkspartei ist die rechtspopulistische AFD. Schaden nimmt die Demokratie, daher ist es nicht einfach mit einer Neuwahl getan. Besonders ärgert es mich, dass die CSU nicht nur die Kanzlerin und unsere Koalition diffamiert, sondern nicht die Pflicht erkennt, dass die Flüchtlingspolitik nur europäisch gerecht gestaltet werden kann. Die Machtspiele von CSU und CDU schaden unserem Land und Europa. Beim Koalitionsausschuss geht es nicht um 63 Punkte, sondern darum, zu klären, ob die CSU noch bereit ist, Verantwortung für unser Land in Europa zu übernehmen. Unsere Position ist, dass derjenige der Schutz braucht, ihn bekommt und derjenige, der ihn nicht braucht, schnell zurückgeführt wird. Dazu gibt es mit dem beschleunigten Asylverfahren bereits eine Regelung, die schnell für Klarheit sorgt und den freien Grenzverkehr nicht gefährdet.

Ich glaube dass die Menschen in unserem Land erwarten, dass angesichts der anstehenden Herausforderungen und eines erheblichen Arbeitsprogrammes des Deutschen Bundestages dieser sinnlose Streit endlich beendet wird.

Für ein gemeinsames Handeln innerhalb der europäischen Gemeinschaft gibt es keine Alternative.

Viele Grüße

THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Bienenschutz
- Wahlen in der Türkei
- Kindergelderhöhung
- Radfahrunfälle vermeiden
- Pflegeausbildung verbessern
- EuGH Urteil zum Nitratgehalt in Gewässern
- Multiresistente Keime
- Nachhaltigkeit als Aufgabe der Bundesregierung
- Im Wahlkreis unterwegs
- Bewerbung für USA Aufenthalt

Aus Berlin

Wir stärken den Zusammenhalt in Europa

Ein starkes Europa ist unsere Antwort auf die aktuellen Herausforderungen. Denn wir brauchen Europa und Europa braucht uns. Deshalb ist es gut und richtig, dass Olaf Scholz in der Bundesregierung jetzt wichtige Schritte für mehr Zusammenhalt in Europa durchgesetzt hat.

Wir schützen die Bürgerinnen und Bürger besser vor Arbeitslosigkeit und den Folgen von Bankenpleiten. Und wir investieren in Zukunftsaufgaben wie Digitalisierung und Qualifizierung in den Mitgliedstaaten Europas. Mehr Zusammenhalt in Europa stärkt unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Wir stärken Familien

Familien sind die wahren Leistungsträger der Gesellschaft.
Deshalb stärken wir sie durch eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro pro Kind und durch den Abbau der kalten Progression. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Demokratische Kräfte in der Türkei unterstützen

Mit den Wahlen in der Türkei am vergangenen Wochenende hat Präsident Erdogan seine Ein-Mann-Herrschaft weiter zementiert. Das ist eine schlechte Nachricht für alle, die sich eine pluralistische, freiheitliche und demokratische Türkei wünschen. Und es ist eine schlechte Nachricht für die Europäische Union, die in Erdogan einen unbere-chenbaren und schwierigen Partner hat. Und dennoch ist es wichtig, dass wir den Gesprächsfaden aufrechterhalten und eine weitere Entfernung der Türkei von Europa verhindern.

Von der Wahl gehen aber auch hoffnungsvolle Signale aus. Trotz Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf und massiver Beschränkungen der Pressefreiheit hat die demokrati-sche Opposition beachtliche Erfolge erzielen können. Ich gratuliere Muharrem Ince, dem Präsidentschaftskandidaten einer unserer Partnerparteien CHP deswegen zu ei-nem sehr guten Wahlergebnis von 30,6 Prozent und unserer zweiten Partnerpartei HDP, die mit 11,7 Prozent wieder in das Parlament eingezogen ist. Es zeigt, dass viele Türkinnen und Türken eben nicht einverstanden sind mit dem autoritären und natio-nalistischen Kurs von Präsident Erdogan. Wir werden unsere beiden Partnerparteien und andere demokratische Kräfte der Zivilgesellschaft auch weiterhin bei ihrem Stre-ben nach einer demokratischen und pluralistischen Türkei unterstützen.

Wichtige Zukunftsfragen der Digitalisierung angehen: Einsetzung von zwei Enquete-Kommissionen

In dieser Woche haben wir im Plenum über die Einrichtung von zwei Enquete-Kom-missionen. Der Deutsche Bundestag setzt Enquete-Kommissionen ein, um komplexe Zukunftsfragen interfraktionell und gemeinsam mit externen Sachverständigen umfas-send zu bearbeiten und damit politische Entscheidungen vorzubereiten. Jenseits des politischen Tagesgeschäftes geht es darum, juristische, ökonomische, soziale und ethische Aspekte abzuwägen und möglichen zukünftigen politischen Handlungsbedarf zu identifizieren.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen soll in dieser Legislatur die Bearbeitung von zentralen Zukunftsfragen der Digitalisierung in zwei Enquete-Kommissionen angegangen werden: „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ und „Künstliche Intelligenz - Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“.

Beide Enquete-Kommissionen werden aus jeweils 19 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und 19 externen Sachverständigen bestehen und ihre Arbeit schnellstmöglich aufnehmen.

Ausbildung in Pflegeberufen attraktiver machen

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe wurde debattiert und damit stellen wir die Weichen für einen guten Start der neuen Pflegeausbildung. Durch die künftig generalisierte Ausbildung werden die Pflegeberufe modernisiert und attraktiver gemacht. Die bisher getrennt geregelten Ausbildungen in der Altenpflege und der Kranken- und Kinderkrankenpflege werden zusammengeführt. Übergangsweise wird es im dritten Ausbildungsjahr eine Wahlmöglichkeit für eine spezialisierte Ausbildung in der Alten- und Kinderkrankenpflege geben.

Mit der neuen Pflegeausbildung wird das Schulgeld endlich bundesweit abgeschafft und die Zahlung einer angemessenen Ausbildungsvergütung sichergestellt. Niemand muss sich mehr die Frage stellen, ob er oder sie sich eine solche Ausbildung leisten kann. Wir werten den gesamten Berufszweig auf. Das ist die richtige Antwort auf den Fachkräftemangel in der Pflege.

Lebensraum des Wolfs bewahren – Weidetiere schützen

Der Wolf ist ein gesetzlich geschütztes Tier, welches erst seit 2000 wieder in Deutschland heimisch ist. Dies führt bei den einen zu großer Freude, bei anderen zu Sorge um die Sicherheit von Weidetieren und Menschen.

Die zunehmende Ausbreitung des Wolfes, zur Zeit 60 Rudel und einige Paare und Einzeltiere, soll deshalb von verschiedenen Maßnahmen begleitet werden, die den Interessen von Mensch und Tier gerecht werden und die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland begleiten. In einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßen wir die bisher geleistete Arbeit und fordern die Bundesregierung zu weiteren konkreten Maßnahmen auf.

So sollen Investitionen in Schutzmaßnahmen (Zäune und Herdenschutzhunde) unterstützt werden und die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) weiterhin finanziert werden, um eine verlässliche Datengrundlage für Maßnahmen zum Schutz von Herden zu erhalten. Diese und weitere Maßnahmen sollen sicherstellen, dass der Wolf als geschütztes Tier leben kann, gleichzeitig aber die Interessen von Weidetierhalterinnen und –haltern gewahrt bleiben, deren wirtschaftliche Existenz durch die Ausbreitung des Wolfes nicht beeinträchtigt werden darf.

Den Atomausstieg umsetzen

In 2./3. Lesung berät der Bundestag am Donnerstag abschließend einen Gesetzentwurf zur Änderung des 2011 beschlossenen Gesetzes für einen beschleunigten Atomausstieg. Das Gesetz, das feste Abschaltzeiten für die deutschen Atomkraftwerke fest-legte, war nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima von Schwarz-Gelb verab-schiedet worden, mit unserer und der Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen. Die nur wenige Monate zuvor von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung wurde damit rückgängig gemacht. RWE und Vattenfall verklagten die Bundesregierung daraufhin auf Schadensersatz. Vor dem Bundesverfassungsgericht bekamen sie 2016 Recht. Das Gericht entschied, dass den Unternehmen für, auf Basis der zunächst zugesagten Laufzeitverlängerung, getätigte Investitionen eine Entschädigung zustehe, genauso wie für zugesagte Reststrommengen aus dem ersten Atomausstiegsgesetz von Rot-Grün aus dem Jahr 2002, die nun verfielen.

Die Richter begründeten ihr Urteil mit der für Unternehmen notwendigen Planungssicherheit. Die jetzt vorliegende Gesetzesänderung sieht für die Stromkonzerne eine Entschädigung in Höhe von voraussichtlich etwas unter einer Milliarde Euro vor, abhängig von den bis 2023 tatsächlich nicht produzierbaren Reststrommengen. Mit der Entscheidung für einen finanziellen Ausgleich für die Konzerne machen wir klar: Wir halten an dem Zeitplan für den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fest. Längere Laufzeiten sind für uns keine Alternative.

Für ein Meeresschutzgebiet im Weddellmeer der Antarktis

Das Weddellmeer ist das größte antarktische Meer auf der Südhalbkugel der Erde. Allein auf dem Meeresboden leben rund 14.000 verschiedene Tierarten, die nur dort überlebensfähig sind. Die besonders hohen Krill- und Fischvorkommen ziehen aber nicht nur zahlreiche Meeressäugetiere an. Weil sich Nahrungsergänzungsmittel mit Omega-3-Fettsäuren in den Industrienationen immer größerer Beliebtheit erfreuen, bedrohen internationale Fischfangflotten zunehmend das dortige Ökosystem. Die Europäische Union hat deshalb bei der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) beantragt, das Weddellmeer als Meeresschutzgebiet auszuweisen. Es wäre das bislang größte Meeresschutzgebiet der Erde. Im Oktober wird auf der CCAMLR-Jahrestagung darüber verhandelt. Den Vor-schlag dazu bereitete maßgeblich die Bundesregierung vor.

In einem gemeinsamen Antrag mit der CDU/CSU- der FDP- und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützen wir im Bundestag diese Woche die internationalen Bemühungen der Bundesregierung. Wir fordern sie auf, sich für eine bald mögliche Annahme des Weddellmeeres als Schutzgebiet einzusetzen und sicherzustellen, dass, gemeinsam mit den internationalen Partnern, ein System zur regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung implementiert wird.

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen

60 Prozent der Unfälle mit getöteten oder schwer verletzten Radfahrern könnten in Deutschland laut Unfallforschung der Versicherer durch elektronische Abbiegeassistenten verhindert werden. Abbiegeassistenten erkennen Radfahrer oder Fußgänger im direkten Fahrzeugumfeld und warnen Fahrerinnen und Fahrer. Gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen haben wir in dieser Woche des-halb einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem wir die Bemühungen der Bundesregierung begrüßen, Abbiegeassistenzsysteme europaweit für Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen verpflichtend vorzuschreiben, inklusive einer Pflicht zur Nachrüstung.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, Investitionen in Abbiegeassistenzsysteme für Nutzfahrzeuge verstärkt zu fördern und für die Weiterentwicklung von Abbiegeassistenzsystemen Anreize zu setzen. Eine Regelung allein für deut-sche LKW soll dann geprüft werden, wenn eine europäische Lösung zeitnah nicht abzusehen ist.

Aus der Umweltpolitik

Bienenschutz vorangebracht!

Das Bundeskabinett hat das Eckpunktepapier eines Aktionsprogramms Insektenschutz der Bundesregierung beschlossen. Wir brauchen dieses Aktionsprogramm dringend, weil die Gesamtzahl der Insekten und die Insektenvielfalt dramatisch zurückgegangen sind. Insekten erbringen zentrale Leistungen für unsere Ökosysteme. Sie sichern beispielsweise durch ihre Bestäubung nicht nur die biologische Vielfalt von Wildpflanzen, sondern auch die Ernteerträge vieler Nutzpflanzen. Insekten tragen zu sauberen Gewässern und fruchtbaren Böden bei.

So sieht ein Bienenfriedhof aus

Der Rückgang der Insekten birgt daher neben Risiken für den Naturhaushalt und die Biodiversität auch eine große ökonomische Gefahr. Der Insektenverlust hat so direkte Auswirkungen auf die Umwelt und uns Menschen. Völlig zurecht bestehen daher hohe Erwartungen an die Politik. Zwar gibt es bei den Ursachen des Insektensterbens in einzelnen Bereichen noch Forschungsbedarf. Wir sind uns in der Bundesregierung aber einig, dass wir bereits genug wissen, um jetzt handeln zu können, ja handeln zu müssen.

In den Eckpunkten haben wir die wesentlichen Informationen zum Insektenrückgang zusammengestellt. Zudem nennen wir Handlungsbereiche für die konkreten Maßnahmen des späteren Gesamtprogramms. Wir haben insgesamt neun Handlungsbereiche benannt. Dazu gehören die Förderung von Insektenlebensräumen und der Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft, die Wiederherstellung und Vernetzung von Insektenlebensräumen in anderen Landschaftsbereichen, die Stärkung von Schutzgebieten als Lebensräume für Insekten, die Minderung der Anwendung von Pestiziden, die Reduktion von Nähr- und Schadstoffeinträgen in Böden und Gewässer sowie die Reduktion der Lichtverschmutzung.

Darüber hinaus soll das Aktionsprogramm dazu beitragen, bestehende Wissenslücken zu Insekten und ihrem Rückgang zu schließen, die Insektenforschung insgesamt zu intensivieren und ein bundesweit einheitliches Insekten Monitoring einzuführen. Außerdem wollen wir die Finanzierung des Insektenschutzes verbessern und mehr Anreize für insektenfreundliches Handeln schaffen.

Um das Insektensterben aufzuhalten und Insekten wirksam zu schützen, brauchen wir das Engagement vieler verschiedener Akteure. Ich möchte erreichen, dass alle aktiv werden, die mit ihrem Engagement zum Insektenschutz beitragen können: Wirtschaft, Forschung und Bildung, zivilgesellschaftliche Akteure bis hin zu den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Für den weiteren Prozess möchte ich deshalb alle Akteure von Beginn an aktiv einbeziehen.

Das Thema Insektenschutz hat in den letzten Monaten zum Glück eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen. Das ist ein guter Zeitpunkt, um sich zügig und entschlossen daran zu machen, wirkungsvolle und verbindliche Maßnahmen zu beschließen. Das gilt unter anderem im Hinblick auf den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft. Im Koalitions-vertrag haben wir uns darauf verständigt, die Anwendung von Glyphosat grundsätzlich zu beenden und Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln umwelt- und naturverträglich zu gestalten. Damit können wir einen erheblichen Beitrag zum Schutz von Insekten leisten.

Selbst Unkraut gibt Bienen Futter

Multiresistente Keime Vorsorgegrundsatz und Verursacherprinzip anwenden: Antibiotikaeinsatz in Human- und Tiermedizin reduzieren

Der Umweltausschuss hat in der letzten Plenarwoche eine öffentliche Anhörung zum Fund von multiresistenten Keimen in Oberflächengewässern veranstaltet. Die schnell klar, dass ein wichtiger Schritt die Reduktion des Antibiotika-Einsatzes ist, sowohl in der Human- als auch in der Tiermedizin. Der Eintrag von Antibiotika und antibiotikaresistenten Bakterien in die Umwelt erfolgt über Kläranlagen oder über Gülle, die z.B. Starkregen von landwirtschaftlichen Flächen in die Gewässer abschwemmt. In den Böden und Gewässern lassen sich dann entsprechende Resistenzgene und Antibiotikarückstände nachweisen.

Auch wenn es noch keine flächendeckenden und umfangreichen Untersuchungen deutschlandweit dazu gibt, ist die Zunahme von multiresistenten Keimen in der Umwelt – weltweit – nachweisbar und beunruhigend. Das Niedersächsische Umweltministerium hat hier bereits erste Schritte und weitgreifende Untersuchungen eingeleitet.

Wir brauchen daher weitere Forschungen auf dem Gebiet. Mit dem Forschungsprojekt HyReKA des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist bereits ein erster Schritt getan, weitere müssen folgen.

Vorrangig müssen jedoch die Einträge reduziert werden; es besteht vor allem Handlungsbedarf am Anfang der Kette. Das bedeutet: Wir müssen den Einsatz von Antibiotika in der Human- und in der Tiermedizin drastisch reduzieren – so weit wie möglich und so Vorrangig müssen jedoch die Einträge reduziert werden; es besteht vor allem Handlungsbedarf am Anfang der Kette. Das bedeutet: Wir müssen den Einsatz von Antibiotika in der Human- und in der Tiermedizin drastisch reduzieren – so weit wie möglich und so weit wie medizinisch vertretbar. Vor allem der Einsatz sogenannter Reserveantibiotika, sollte grundsätzlich der Humanmedizin vorbehalten sein.

In der Intensivtierhaltung werden Antibiotika im großen Stil einsetzt. Auch wenn sich die Menge nach Angaben des Bundesamts für Verbrauchersicherheit und Landwirtschaft zwischen den Jahren 2011 und 2016 von 1.706 Tonnen auf 742 Tonnen mehr als halbiert hat.
Wir müssen uns - generell beim Medikamenteneintrag – damit beschäftigen, ob und wo wir sinnvollerweise eine vierte Reinigungsstufe einsetzen müssen, ehrlicherweise auch mit der Konsequenz höherer Abwassergebühren.

Die Entstehung multiresistenter Keime zu verhindern, ist ein Thema des Gesundheitsschutzes. Die Verbreitung in der Umwelt aufzuhalten, eines des Umweltschutzes. Es geht also uns alle an. Wichtig ist, dass wir das Thema entschlossen angehen! Nur dann können wir die Umwelt und vor allem die Menschen wirksam schützen!

EuGH Urteil zur Nitratbelastung

Im Bundestag haben wir in einer aktuellen Stunde das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur deutschen Umsetzung der sogenannten Nitratrichtlinie debattiert. Es geht um die Maßnahmen, die Deutschland ergriffen hat, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren.
Zwar haben wir im letzten Jahr das Düngerecht umfassend novelliert, aber ich bin der Meinung wir können noch mehr tun! Hören Sie hier:

https://dbtg.tv/fvid/7249278

Nachhaltigkeitspolitik ist Regierungspolitik

In dieser Woche fand für mich die erste Regierungsberatung zum Thema Nachhaltigkeit statt. Als Obmann der SPD Bundestagsfraktion ist es meine Aufgabe, dieses Politikfeld umzusetzen.

Auf Einladung von Herrn Braun, dem Kanzleramtschef, haben wir letzten Donnerstag ein erstes Treffen, wie konkret sich unsere Politik mit dem Ziel einer verbesserten Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen lässt und welche Weichen zu stellen sind. Wir haben uns verpflichtet, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln und konkrete Details bis 2020 auszuarbeiten und zu verabschieden.

Aktuelle Herausforderungen der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland (und darüber hinaus in der Welt) sind sicherlich gegenwärtig von drei großen Themen geprägt - die Globalisierung, die Digitalisierung und die Nachhaltigkeit im Rahmen der 17 vereinbarten Ziele, die sich als SDG (Substainable developement Goals) kennzeichnen.

Diese drei Prozesse laufen parallel, sie vereinen in sich aber auch Brüche und Widersprüche, einzelne Ziele konkurrieren miteinander. Es ist die Aufgabe von Politik, hier mit einer wertorientierten Debatte vorrangige Felder zu definieren und zu erklären.

Der aktuelle Blick ist besonders auf die Digitalisierung gerichtet, und da ist für einen Sozialdemokraten vor allem die soziale Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema. Selbst wenn uns unser Wahlergebnis suggeriert das wir mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit nicht beim Wähler punkten können, trügt hier der Schein.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist für die Menschen in diesem Land bedeutsam – wir stehen als Sozis stehen als Sozis jedoch nicht immer glaubwürdig da, wenn es um die politische Umsetzung in dieser Frage geht. Und daran müssen wir arbeiten, wie wir es mit dem Koalitionsvertrag begonnen haben und es auch derzeit mit unserer Arbeit in der Regierungskoalition machen und unsere Schwerpunkte mit Leben füllen.

Wir wissen alle um die ungleiche Verteilung der Ressourcen, die wiederum durch die Globalisierung verstärkt werden.

Wir wissen seit Jahren, dass die Diskrepanz zwischen sehr arm und sehr reich stetig wächst und es vielerlei Maßnahmen bedarf, um eine gerechtere Verteilung und eine Armutsvermeidung real zu gestalten. Die Reichen werden reicher, und an uns liegt es, dass die Armen nicht zahlreicher werden.

Nachhaltigkeitspolitik verknüpft über die soziale Frage hinaus die wichtigen Politikfelder Energie, Ernährung, Arbeit, Konsum, Mobilität und andere Daseinsfragen.

Es ist allen klar, dass wir in einem Industriestaat leben und daher benötigt die Wirtschaft Dynamik, aber wie sie sich nachhaltig gestalten muss zeigt der schwierige Prozess der Klimapolitik. Wir haben auch kein Interesse daran, kein Wachstum zu erzielen, im Übrigen ist auch ein Null-Wachstum nicht zwingend nachhaltig.

Für mich ist eine wichtige Nahtstelle für Nachhaltigkeit die bundesweite, regionale und lokale Vernetzung verschiedener Akteure. Das vielfältige freiwillige Engagement und Nachhaltigkeitsbeiträge in der Alltagskultur sind für mich ebenso wichtig wie eine höhere strategische Planung und Förderung von Initiativen und die Mitwirkung bei der Überprüfung von Gesetzgebungsinitiativen und bei der Produktion eine verbesserte Herstellerverantwortung.

Für mich soll das Prinzip der Nachhaltigkeitsprüfung als Leitziel in unser Arbeitsprogramm aufgenommen werden. Es ist Kommunikation gefragt und im Notfall muss man mit Mehrheit auch mal etwas durchsetzen selbst wenn es an einigen Stellen weh tut. Wir müssen insgesamt dazu kommen, dass die Politik und die Wirtschaft bereit sind, sich an die planetarischen Grenzen zu halten. Das ist eine zentrale Zukunftsfrage.

Umweltpolitik unterwegs—in meiner Funktion als stellv. Umweltausschussvorsitzender

„Verbraucher haben Macht!“

Michael Thews vom Umweltausschuss des Bundestags diskutierte mit der Rosengarten-SPD über Plastik

as. Nenndorf. „Das Zeug wird uns überall drohen, an jeder Stelle!“ Claus Albowski, Vorstandsmitglied der SPD Rosengarten, zeigt Bilder, aufgenommen beim letzten Ostsee-Urlaub. Zu sehen sind haufenweise Plastikreste, die an den Strand gespült wurden. Gemeinsam mit dem Ortsverband hat er zu einem Diskussionsabend eingeladen. Mit den Bundestagsabgeordneten Svenja Stadler und Michael Thews, stv. Umweltausschussvorsitzender des Bundestags, diskutierten Mitglieder und Gäste über „Plastikmüll - die (un)heimliche Gefahr“.

„Mikroplastik findet sich überall. Es gelangt über Plastik-Reste, Kosmetikprodukte, durch Reifenabrieb oder Kleidungsfasern in die Umwelt“, erklärte Albowski. Michael Thews sprach sich u.a. für eine höhere Recyclingquote aus. Die Erklärung Chinas, keine minderwertigen Kunststoffabfälle mehr aus Deutschland anzunehmen, sei „heilsam“. „Jetzt müssen wir vernünftige Lösungen entwickeln, statt den einfachsten Weg zu gehen und das Problem auszulagern“, sagte Thews.

Wie können wir Kunststoffmüll vermeiden? Claus Albowski (v. li.), Michael Thews, Svenja Stadler und Dr. Hans-Joachim Jungbluth im Gespräch Fotos: as

So schick kann Recycling sein: Michael Thews trägt Turnschuhe aus Plastik

Ein Ziel: Alle Verpackungen, die in den Umlauf kommen, sollten zukünftig stofflich recycelbar, also wiederverwertbar, sein. Derzeit wird der Großteil des Plastikmülls verbrannt. Dass recycelte Stoffe nicht von minderer Qualität sein müssen, führte der Bundestagsabgeordnete selbst vor: Er trug Turnschuhe, deren Material aus am Strand angespülten Plastikabfällen bestand.

Gegenüber Verboten gab Thews sich vorsichtig. Man müsse immer abwägen, so Thews. Z.B. habe es die Überlegung gegeben, die Hemdchenbeutel, dünne Plastiktüten, die in Supermärkten für Obst und Gemüse genutzt werden, zu verbieten. Allerdings würden die Märkte dann womöglich alle Waren in Plastik vorverpacken. Thews räumte ein: „Es fehlt noch an intelligenten Lösungen.“

Plastikmüll an der Ostseeküste Foto: Albowski

Der Ansicht waren auch einige der Gäste. „Wieso ist Biogemüse eingeschweißt? Das ist doch Schwachsinn!“ Thews hatte gute Nachrichten: Zukünftig sollen Biogurken zur Unterscheidung nicht mehr in Plastik verpackt, sondern mit einem Laser „tätowiert“ werden.

„Der Verbraucher hat eine gewisse Macht, Verbraucher müssen Druck machen, dann können sie viel erreichen!“, ist Thews überzeugt. Z.B. über Beschwerdekästen im Supermarkt oder indem sie Produkte, die in Plastik verpackt sind, schlichtweg nicht kaufen. „Als arbeitender Mensch habe ich wenig Möglichkeiten, Obst und Gemüse auf dem Wochenmarkt einzukaufen“, gab ein Zuhörer zu bedenken. „Wenn ich einkaufe, habe ich es eilig, ich will wissen, ob Plastik im Produkt oder der Verpackung ist, ohne lange Etiketten zu studieren.“

Heftige Kritik wurde vom Plenum am Bio-Kompost geäußert. „Pro Kilogramm Bio-Kompost ist ein Plastikanteil von fünf Gramm Plastik erlaubt. Diese Plastikteilchen landen auf unseren Äckern. Man sollte Plastik im Kompost komplett verbieten!“ forderte ein Gast. „Wenn der Müll gleich ordentlich getrennt wird, ist das Recycling viel einfacher“, so Thews. Denn häufig würden auch Plastiktüten im Biomüll entsorgt.

Eine Ursache für den Plastikmüll in Supermärkten sei die Markt-Herrschaft einiger weniger Lebensmittelhersteller. „Das ist die Krux des Vollsortiments: Alles ist überall erhältlich - aber in Plastik verpackt.“

Aus: Kreiszeitung Wochenblatt—Nordheide, vom 22. Juni 2018

Aus dem Wahlkreis

Besuch aus Hamm

Über den Besuch einer Klasse der Marienschule Hamm habe ich mich sehr gefreut. Die Schülerinnen und Schüler haben einen Einblick in die parlamentarische Arbeit erhalten, die in den Gebäuden des Deutschen Bundestages geleistet wird. Gerne habe ich dafür ein wenig aus meinem Alltag berichtet.

Ganz besonders gefreut hat mich die Fragerunde mit den Jugendlichen: Viel Interesse gab es im Bereich der Abfallvermeidung in Supermärkten im Speziellen, aber auch in der Umweltpolitik im Allgemeinen. Es gab jedoch auch noch viele andere Themen. Ich freue mich stets, dass gerade Schülerinnen und Schüler eine solche Menge an politischem Gestaltungswillen mit sich bringen—Weiter So!

Eduard-Spranger Berufskolleg zu Besuch im Parlament

Auch das Eduard-Spranger Berufskolleg aus Hamm hat mich in Berlin besucht.

Die Schüler sind angehende Elektrotechniker. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass sich das Gespräch überwiegend um das Thema Elektromobilität in Deutschland und im Besonderen auch um die Bemühungen für elektrobetriebene Fahrzeuge in Hamm drehte. Es freut mich, dass sich junge Erwachsene für die Weiterentwicklung elektrisch betriebener Fahrzeuge engagieren und dem Projekt damit eine Zukunftsaussicht geben.

Jubilar Ehrung bei der IG BCE Ortsgruppe Victoria

Sehr gerne war ich Festredner bei der Jubilar Ehrung der IG BCE Ortsgruppe Victoria. Eine „geballte Ladung Gewerkschaft“ war ins Grubenwehrhaus Viktoria gekommen, die auf eine Mitgliedschaft zwischen 25 und 70 Jahre zurück-blicken können. Allen Jubilaren herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für eure Treue zu unserer Gewerkschaft.
Für mich war ein besonderer Moment als IG BCE und Mitglied dieser Ortsgruppe.

Sport-Gala des Kreissportbundes Unna

Die Ehrung der beste SportlerInnen und der besten Mannschaft des Jahres 2017 sowie Würdigung für ehrenamtliches Engagement standen bei der Sport-Gala des Kreissportbundes Unna im Mittelpunkt und wurden in einem feierlichen Rahmen durchgeführt. Ich gratuliere allen Aktiven und sage Danke an die Ehrenamtlichen- für diesen tollen Abend.

Jugend debattiert – Finalist erreicht 6. Platz

Johannes Stupperich vom Freiherr-vom-Stein-Gymnasium ist 18 Jahre jung, und war schon zum zweiten Mal beim Bundeswettbewerb >Jugend debattiert< dabei. Er hat den 6. Platz erkämpft und das ist ein erstmaliger und vermutlich einzigartiger Erfolg der Schule wie Koordinator C. Granz stolz betont.
Johannes Stupperich wird deshalb künftig gefördert und aufgenommen in den Kreis der Alumni der Hertie-Stiftung. Ich habe mich über die Einladung zu einer kleinen Debattierrunde im Stein-Gymnasium sehr gefreut und auch im nächsten Jahr mit einer Lerngruppe wieder debattieren.

Besuch des Berufsförderungswerk Hamm GmbH

Im Rahmen meiner Thews-on-Tour habe ich in der letzten Wahlkreiswoche erneut das Berufsförderungswerk Hamm besucht. Es liegt im Herzen von NRW und gehört als Einrichtung der beruflichen Rehabilitation zum Bundesverband der Deutschen Berufsförderungswerke.
Bei einem Rundgang habe ich mich mit dem Kaufmännischem Leiter, Herrn Stefan Weitzel, und dem Geschäftsführer des Berufsförderungswerk, Herrn Friedrich Gleißner austauschen können.

Ein Schwerpunkt der Schule ist aktuell im Fokus: Wir brauchen mehr Amehr Menschen die sich für Berufe in der Pflege begeistern. Diese Ausbildungsgänge werden durch das Berufsförderungswerk angeboten — Gut für unsere Region!

Sommerfest in Hamm

Das Sommerfest der HammSPD war auch in diesem Jahr ein voller Erfolg! Bei bestem Wetter und Live-Musik war der Platz im Martin-Luther-Viertel gut besucht.
Viele Bürgerinnen und Bürger sind zum Plausch bei einem kühlen Getränk gekommen.
Unterstützt wurde das SPD-Team in diesem Jahr durch viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, durch die Jusos, die den Grillstand betreut haben, sowie durch zahlreiche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

+++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos+++ Infos +++

Ab in die USA

Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige.
Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Alle Bewerberinnen und Bewerber müssen ein zweistufiges Auswahlverfahren durchlaufen. Das Auswahlverfahren läuft zunächst über ausgewiesene Jugendaustauschorganisationen, die im Auftrag des Deutschen Bundestages das Parlamentarische Patenschafts-Programm durchführen.
Die Abgeordneten können die nominierten Kandidaten dann zu einem Gespräch einladen. In den 299 Bundestagswahlkreisen stehen 285 Stipendien für Schüler sowie 75 Stipendien für junge Berufstätige zur Verfügung. Ob in den Wahlkreisen ein Stipendium an einen Schüler/-in oder an einen jungen Berufstätigen oder zusätzlich an einen jungen Berufstätigen vergeben wird, ist abhängig von der Bewerberlage.
Ich unterstütze das Patenschafts-Programm gerne auch in diesem Jahr und möchte hiermit zur Bewerbung ermutigen. Vielleicht werden wir uns in einem Gespräch nach dem ersten Auswahlverfahren kennenlernen.
Die Bewerbungsfrist für das 36. PPP 2019/20 dauert von 2. Mai bis 14. September 2018!
Hier weitere Infos zur Bewerbung:
Für Schülerinnen und Schüler
Für Berufstätige und Auszubildende

Kontakt & Impressum

E-Mail. michael.thews@bundestag.de

Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.), Redaktion: Frauke Stürenburg, Joshua Fraedrich // Fotos: Büro Thews

Parlamentsbüro Berlin

Frauke Stürenburg – Ruth Herzog – Joshua Fraedrich

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bürgerbüro Lünen

Anette Janßen - Winnie Marx

Stadttorstraße 5

44532 Lünen

Bürgerbüro Hamm

Bettina Schwab-Losbrodt

Westhofenstraße 1

59065 Hamm